

Schluss mit den Angriffen auf Afrin!

Die türkische Armee greift seit mehreren Tagen die befreiten Gebiete von Şehba und Afrin in Rojava an. Infolge der Angriffe sind bislang sechs Menschen getötet und Dutzende verletzt worden. Zahlreiche Siedlungsgebiete wurden zerstört und die Menschen sind gezwungen, ihre Dörfer zu verlassen. Die türkische Armee hat mit der Verlegung militärischer Fahrzeuge entlang der Grenze Vorbereitungen für einen großangelegten Krieg getroffen. Um die Erlaubnis für den Krieg gegen die Kurden in Syrien zu erhalten, führt der türkische Staatspräsident Erdogan Gespräche mit den Vertretern Russlands, der USA und Ländern der EU. Aus diesem Grund rufen wir die Weltöffentlichkeit dazu auf, den Diktator Erdogan zu stoppen.

Warum greift die Türkei Afrin an?

Sowohl die Kurden, als auch die ganze Welt befinden sich im Kampf gegen den IS. Die Türkei hingegen nutzt den IS, um die Kurden, und die Welt zu bedrohen. Deshalb bedeutet ein Ende des IS auch ein Ende der Diktatur in der Türkei.

Es gibt keinerlei rechtliche oder moralische Begründung für den Angriff des türkischen Staates gegen Afrin und Rojava im Allgemeinen. Der einzige Grund ist die Phobie und Feindseligkeit gegenüber den Kurden.

Die türkische Regierung möchte nicht, dass dem Stabilität versprechenden Projekt der Kurden ein Erfolg vergönnt ist. Sie möchte Instabilität, Chaos und Krieg. Deswegen erzeugt sie die Grundlage für einen regionalen und zunehmend global werdenden Krieg. Sie will mit ihrer Unterstützung für salafistische Gruppen und ihrer türkisch-nationalistischen Hegemonialpolitik eine dominante Kraft in der ganzen Region werden.

Auf diese Weise ist der türkische Staat den Gesellschaften in der Region und den internationalen Kräften ein Hindernis auf dem Wege zum Sieg über den IS geworden. Mit Interventionsversuchen versucht die Türkei das friedliche Gesellschaftsprojekt, in welchem Kurden, Araber, Assyrer, Chaldäer, Armenier, Suryoye, Turkmenen und andere Volks- und Glaubensrichtungen zusammenleben, zu torpedieren. Das sind Kriegsverbrechen und

der Grund für das große Flucht- und Menschheitsdrama.

Unser Aufruf an die internationale Öffentlichkeit lautet:

Afrin ist in den letzten fünf Jahren zu dem sichersten Ort Syriens geworden. Deshalb lebt derzeit auch eine große Zahl an Flüchtlingen in Afrin. Die UNO und die internationale Öffentlichkeit muss sich dafür einsetzen, dass diese Sicherheitssituation in Afrin andauert. Ein Angriff der türkischen Armee auf Afrin oder einen anderen Ort in Rojava und Nordsyrien, kommt vor allem der IS und anderen salafistischen Gruppen zu Gute. Die internationale Koalition gegen den IS muss dagegen Vorkehrungsmaßnahmen treffen und die Angriffe der türkischen Armee stoppen.

Der türkische Staat ist in Syrien eine Besatzungsmacht. Die internationale Öffentlichkeit darf dem nicht schweigend zusehen und muss sich für einen Abzug der türkischen Armee aus syrischem Boden einsetzen.

NAV-DEM – Demokratisches
Gesellschaftszentrum der
KurdInnen in Deutschland e.V.

Mosul vom IS befreit

Die Herrschaft des IS über Mosul ist beendet. Am 10. Juni 2014 hatte der IS Mosul, ohne auf den geringsten Widerstand zu stoßen, kampflos übernehmen können, nachdem die mehr als 60.000 irakischen Soldaten, die in der Stadt stationiert waren, in der Nacht Mosul verlassen hatten. Bei der Besetzung soll der IS Unterstützung von einigen sunnitischen Stämmen, dem damaligen Gouverneur von Mosul und ehemaligen getreuen Saddam Husseins erhalten haben.

Während der IS in der Stadt einzog hatten viele Konsulate und Auslandsvertretungen ihr Personal aus Sicherheitsgründen abgezogen, das Personal der türkischen Botschaft blieb. Entsprechende Angebote an die türkische Botschaft ähnlich zu handeln wurden von dieser abgelehnt, es hieß: „man benötige keine Unterstützung“. Daraufhin konnten die Angehörigen der türkischen Botschaft erst Monate später kurz nach dem

Angriff des IS auf Kobanê am 15. September 2014 über Girê Spi (Til Ebyad) wieder zurück in die Türkei. Der türkische Präsident Erdoğan kommentierte dies und erklärte: „Wir haben sie mit einer erfolgreichen Operation gerettet“, sein Ministerpräsident Ahmet Davutoğlu hingegen bezeichnete es als „diplomatischen Erfolg“. So mancher mutmaßte, es sei wohl eher Ergebnis türkischer Unterstützung für den IS beim Angriff auf Kobanê. Diese habe möglicherweise die anfängliche Ablehnung der Türkei der internationalen Allianz im Kampf gegen den IS beizutreten, honoriert. Viele sahen darin jedoch eher ein abgekartetes Spiel zur Unterstützung des IS, ohne dass die Türkei deshalb auf allzu große Proteste auf internationaler Ebene stoßen würde. Mit Mosul hatte der IS die älteste Stadt des Nahen Ostens mit strategisch wichtigen Handelswegen unter seine Kontrolle gebracht. Neben beachtlichen

Erdölvorkommen verfügt Mosul über einen wichtigen Staudamm. Darüber hinaus lagerten die Geldreserven der Zentralbank dort, ebenso ein erhebliches Arsenal an Waffen und Militärgütern, die zu einem erheblichen Teil die USA nach der Besetzung 2003 dort zurück gelassen hatte. Nach „Einnahme“ Mosuls änderte der IS seinen Namen und verkündete das Kalifat. Anschließend begann er seinen Feldzug gegen Telafer, Sengal, Maxmür, Rakka usw. Erst die Niederlage gegen den sich formierenden Widerstand in Kobanê stoppte den Vormarsch des IS. Erstmals wurde der schier „Unbesiegbare“ besiegt und so mancher mutmaßte, dass die Niederlage gegen Kobanê der Anfang vom Ende des IS sein könnte.

Am 17. Oktober 2016 um 1.40 Uhr begann die Operation zur Vernichtung des IS in Mosul. An der Militäroperation beteiligten sich die irakische Armee, Polizei- und Antiterrorereinheiten.

Meldungen:

Raqqa: 3 Internationalisten im Kampf gegen den IS gefallen

Im Kampf um die Befreiung von Raqqa sind 3 Internationalisten getötet worden. Es handelt sich um Robert Grodt, er hat sich den Namen Demhat Goldman gegeben und Nicholas Warden (Rodi Deysie), beide stammen aus den USA, sowie Luke Rutter (Soro Zinar) aus Großbritannien. Robert Grodt und Nicholas Warden sind am 6. Juli, Luke Rutter am 7. Juli im Kampf um die Befreiung Raqqas gefallen.

(ANF 12.7., ISKU)

Ausgangssperren und Militäroperationen in Nordkurdistan

Im Rahmen der Operationen der türkischen Armee in Bakur/Nordkurdistan wurden weitere Ausgangssperren verhängt.

In der Provinz Mêrdîn (Mardin) sind die Ortschaften Ahmetli, Aytepe und Yaydere betroffen. In der Provinz Cölemerg (Hakkari) wurde über die Dörfer Altinsû und İncesû eine Ausgangssperre verhängt. In den Gebieten begannen erneut Militäroperationen.

(ANF 14.7., ISKU)

Selahattin Demirtaş nicht vor Gericht erschienen

Der Kovorsitzende der Demokratischen Partei der Völker (HDP) Selahattin Demirtaş ist am vergangenen Freitag nicht vor dem 35. Strafgericht in Ankara erschienen. Demirtaş verweigerte, dass ihm Handschellen angelegt werden.

Selahattin Demirtaş sollte per „Videokonferenz“ an dem Prozess gegen ihn teilnehmen. Da er dies verweigerte, wurde der Prozess gegen ihn auf heute 10:00 Uhr Ortszeit mit seinem persönlichen Erscheinen in Ankara angesetzt.

Die Teilnahme Demirtaş wurde dann doch verweigert, da er sich nicht in Handschellen vorführen ließ.

Der Kovorsitzende der HDP ist seit dem 4. November 2016 in Haft. Die Staatsanwaltschaft fordert 142 Jahre Haft gegen ihn, ihm wird u.a. „Terrorpropaganda“ vorgeworfen.

(ANF 7.7., ISKU)

Urteile gegen HDP-Abgeordnete

Der HDP-Abgeordnete Abdullah Zeydan aus Hakkari ist am Freitag zu acht Jahren, einem Monat und fünfzehn Tagen

Weiterer Agent des türkischen Geheimdienstes enttarnt

Vor nicht allzu langer Zeit war bereits ein Agent des MIT (türkischer Geheimdienst) in Deutschland enttarnt und verhaftet worden. Kurze Zeit später wird ein ähnlicher Fall aus Frankreich gemeldet. In Hamburg soll jetzt ein weiterer Agent des MIT aufgefliegen sein. Der Mitschnitt eines Gesprächs führte zur Enttarnung von Mustafa K.. Doch in dem Mitschnitt wird auch deutlich, dass es wohl nicht „nur“ um das Sammeln von Daten und Dokumenten ging. Vielmehr liegt nahe, das möglicherweise auch Anschläge auf unliebsame oppositionelle kurdische PolitikerInnen nicht

ausgeschlossen werden können. Konkret wird in dem Zusammenhang darüber gesprochen, dass es ausreiche mindestens drei Stunden vorher zu wissen, wo sich die betreffende Person aufhielte. Es ist schon schockierend, dass mitten in Deutschland, beispielsweise in Hamburg, Agenten des MIT in aller Öffentlichkeit darüber plaudern können, wie sie in Hamburg lebende unliebsame kurdische PolitikerInnen – im konkreten Falle eine Politikerin – ausschalten könnten und nur die Tatsache, dass im konkreten Fall notwendige Informationen fehlten, eine solche Tat bisher nicht

durchgeführt wurde. In dem 18-minütigen Mitschnitt des auf Türkisch aufgezeichneten Gesprächs, von dem 6 Minuten und 20 Sekunden bei der Nachrichtagentur ANF veröffentlicht wurden, wird deutlich, dass Mustafa K. für seine Spitzeltätigkeiten bezahlt worden ist und dass er zuvor schon von anderer Stelle bezahlt worden war. Zuvor soll er auch für deutsche Behörden Informationsdienste geleistet haben. Er selbst rühmt sich in dem Mitschnitt damit für die Verhaftung von mehreren kurdischen Politikern darunter Bedrettin Kavak verantwortlich gewesen zu sein. (ANF, 5.7., ISKU)

OLG Stuttgart verurteilt kurdischen Politiker zu mehrjähriger Haftstrafe

Am Donnerstag endete vor dem Oberlandesgericht Stuttgart der im November 2016 begonnene Prozess gegen den kurdischen Politiker Muhlis KAYA mit der Verurteilung zu einer Haftstrafe von 3 Jahren und drei Monaten. Der 6. Strafsenat sah es als erwiesen an, dass der 47-Jährige als PKK-Mitglied an der „ausländischen terroristischen Vereinigung“ (§ 129b StGB) beteiligt gewesen und von 2013 bis 2015 verschiedene „Sektoren“ der PKK in Deutschland verantwortlich geleitet haben soll. Während die Vertreter der Bundesanwaltschaft eine Strafe von 3 Jahren und 9 Monaten gefordert hatten, plädierten Verteidigerin Busl und Verteidiger Heydenreich auf Freispruch und Aufhebung des Haftbefehls. In zahlreichen Anträgen haben sie die Verfassungsmäßigkeit der §§ 129a/b, Aspekte des Völkerstrafgesetzbuches, grundsätzliche Fragen des Rechts auf Widerstand, die politischen Entwicklungen in der Türkei und die gewaltsame, kriegsähnliche Bekämpfung der Kurden durch den türkischen Staat thematisiert.

Hierzu wurde im März auch der im Exil lebende HDP-Abgeordnete Faysal SARIYILDIZ gehört, der insbesondere über das grausame Massaker der türkischen Sicherheitskräfte während der staatlich verhängten Ausgangssperren 2015 und 2016 an kurdischen Zivilisten in Cizre im Südosten der Türkei berichtet hatte. Wie Muhlis Kaya in seinem Schlusswort am 6. Juli ausführte, gehörte zu seinen als „terroristisch“ stigmatisierten Aktivitäten u.a. die „Organisierung von genehmigten Demonstrationen, Kundgebungen und Konferenzen, Newrozfeierlichkeiten, Essens- und Getränkeständen“. Es sei ein „paradoxe Mechanismus“, dass selbst genehmigte Veranstaltungen den Kurden „als Straftat zur Last gelegt“ würden und dafür „so viel Mühe“ investiert werde. Es handele sich „in jeder Hinsicht um politische Prozesse“ und zeige die „feindliche Haltung den Kurden und ihrem Freiheitskampf gegenüber“. Für ihn sei die „höchste Gerechtigkeit die des Gewissens“.

Auch dieses Urteil untermauert den Eindruck von Muhlis Kaya und zeigt, dass Politik und Justiz ungeachtet der dramatischen politischen Umwälzungen in der Türkei hin zu einer Präsidialdiktatur, in der jede Rechtsstaatlichkeit außer Kraft gesetzt wurde, an ihrem Vorgehen gegen Kurdischen und Kurden in Deutschland festhalten. Sie haben nach wie vor auch hier den Preis zu zahlen für die geostrategischen, wirtschaftlichen und politischen Interessen, die den deutschen mit dem türkischen Staat verbinden. Dass sich Gerichte diesen unterordnen, sich letztlich zu Handlangern eines Despoten wie Recep Tayyip Erdoğan instrumentalisieren lassen und nicht den Mut haben, ihre Unabhängigkeit von politischen Interessen und Vorgaben unter Beweis zu stellen, ist eine traurige Realität. AZADI fordert ein Ende der Kriminalisierung von Kurdischen und Kurden, die Einstellung der politisch motivierten Verfahren und die Freilassung der politischen Gefangenen. (AZADI, 13.7., CA)

→ Mosul vom IS befreit

Die schiitische Miliz Heşdî El Şabi, die mittlerweile Teil der irakischen Armee geworden ist, 30.000 Angehörige der Pêşmerge, 3.000 Mitglieder der Ninnova Muhafizlari (ehemals Heşdî El Wetenî, welche in Başika von türkischen Einheiten ausgebildet worden war, und 8.000 Mitglieder sunnitischer Stämme. Unterstützung erhielt die militärische Operation von der internationalen Allianz unter Führung der USA mit Schlägen aus der Luft und dem Einsatz von etwa 600 amerikanischen Militärberatern am Boden. Von

zwei Fronten wurde die Operation auf Mosul durchgeführt. Die irakischen Kräfte und mit ihr die Heşdî El Şabi griffen Mosul von Südosten an während die Pêşmerge und sunnitische Gruppen einen Monat später damit begannen von Nordwesten her auf die Stadt vorzurücken. Während der Vorbereitung zur Operation hatte die Türkei Forderungen hinsichtlich ihrer Teilnahme an der Operation gestellt. Sie sprach sogar davon ihre eigenen Grenzen in Frage zu stellen. In der Folge kam es zu

großen Spannungen zwischen Erdoğan und dem irakischen Staatspräsidenten Abadi, der in Abadis Forderung, die Türkei möge ihre Einheiten aus Başika abziehen, gipfelte – was sie allerdings bis heute nicht getan hat. Allerdings blieb ihr auch eine direkte Beteiligung und Mitsprache bei der Operation in Mosul verwehrt. 9 Monate nach Beginn der Militäroperation meldete heute die irakische Regierung das offizielle Ende der dreijährigen Herrschaft des IS über Mosul. (ANF, 9.7., ISKU)

Haft verurteilt worden. Ihm wurde „Propaganda und Unterstützung einer Terrororganisation“ vorgeworfen. Die Abgeordnete Çağlar Demirel aus Amed wurde am gleichen Tag wegen „Mitgliedschaft in einer Terrororganisation“ zu sieben Jahren und sechs Monaten Haft verurteilt. (ANF, 14.7., ISKU)

Prozess gegen HDP-Politikerin

In Ankara begann am vergangenen Dienstag der Prozess gegen die frühere Kovorsitzende der linken und prokurdischen Demokratischen Partei der Völker (HDP). Figen Yüsekdağ wird »Terrorpropaganda« für die verbotene Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) vorgeworfen. Sie war Anfang November mit dem auch heute noch als Kovorsitzenden amtierenden Selahattin Demirtas und neun weiteren HDP-Abgeordneten festgenommen worden. Yüsekdağ drohen bis zu 83 Jahre Haft. (jW, 5.7., ISKU)

UN befürchten Folter von Gefangenen

Die vor zwei Tagen bei Istanbul festgenommenen Menschenrechtsaktivisten sind nach Einschätzung der Vereinten Nationen der Gefahr von Folter und Misshandlung ausgesetzt. »Wir befürchten, dass sie mit hoher Wahrscheinlichkeit gefoltert oder auf eine andere Art grausam und entwürdigend behandelt werden«, sagte die Sprecherin des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte, Elizabeth Throssel, am Freitag in Genf. Gegen die Inhaftierten werde wegen des Verdachts auf Mitgliedschaft in einer bewaffneten terroristischen Organisation ermittelt. Die sieben Aktivisten waren am Mittwoch während eines von Amnesty International veranstalteten Workshops festgenommen worden. (jW, 8.7., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
CA	Civaka Azad
jW	junge Welt

N ü ß e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der ISKU
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
IBAN: DE42370100500003968506
BIC: PBNKDEFF (Postbank Köln)
Weitere Informationen findet Ihr im Internet unter:

www.isku.org